

# Paroli

Linke Blätter  
für Stadt,  
Landkreis und  
Universität

Ausgabe Nr. 13  
Oktober 2010

## Die soziale Frage im Mittelpunkt

Henning Köster, der linke Oberbürgermeisterkandidat, zu seinen politischen Schwerpunkten

### Was wäre anders mit einem Oberbürgermeister Henning Köster?

Es ist zu vermuten, dass ich der einzige Kandidat sein werde, der die soziale Frage in den Mittelpunkt seiner Kampagne zur OB-Wahl stellt. Mein Ziel ist Marburg als eine soziale Stadt. Zu diesem Ziel gibt es mehrere Schritte. Zuerst einmal muss man sich eingestehen, dass es in Marburg Armut gibt. Allzu gerne wird das verdrängt. Lieber strahlt man das Schloss an, aber „die im Dunkeln“, will man nicht sehen. Sicherlich hat die Kommune nicht in jedem Fall Armut verursacht, aber sie muss versuchen, wo immer möglich, die Folgen zu mildern.

### Und wie sollen die sozialen Schritte gegangen werden?

Drei Punkte sind zu nennen. Da sind die Beschäftigungsverhältnisse bei der Stadt. Es kann auf keinen Fall angehen, dass bei der Stadt Marburg oder ihr benachbarten Bereichen Ein-Euro-Jobs ausgeübt werden. So kann kein Mensch würdig leben. So kann man seine Existenz nicht sichern. Und so kann kein Mensch für sein Alter vorsorgen. Also sage ich: versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse müssen eingerichtet werden.

Zweitens: der Stadtpass. Hier geht es darum, dass Menschen mit wenig Geld auch am öffentlichen Leben teilnehmen können. Das betrifft alle Altersgruppen. Beweglich sein mit dem Bus – und zwar kostenlos, an sportlichen oder kulturellen Ereignissen teilnehmen können. All das muss ausgebaut werden.

Und was mir als dritter Punkt ganz wichtig ist: Es dürfen keine Zwangsumzüge von Hartz-IV-EmpfängerInnen stattfinden. Auch so etwas empfinde ich als Verstoß gegen die Menschenwürde.

### Und was muss sonst noch in Marburg geschehen?

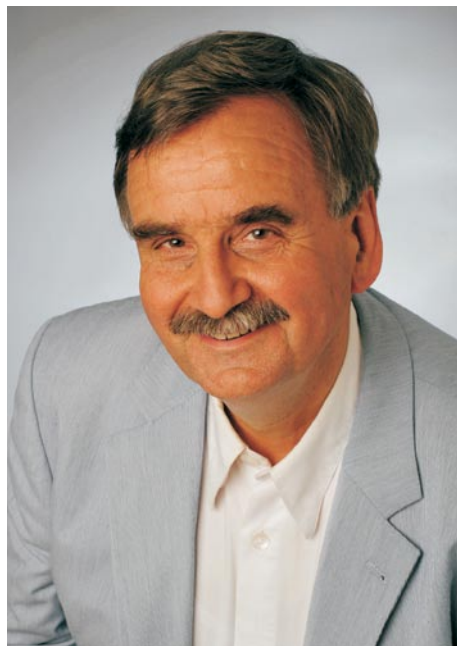
Stadtplanung und Verkehr sind Dauerthemen in Marburg. Mehr als 13 Jahre SPD-Grüne-Koalition und sechs Jahre Oberbürgermeister Vaupel als Leiter der Straßenverkehrsbehörde haben Marburg der ökologisch dringend erforderlichen Verkehrswende keinen Schritt näher gebracht. Nötig ist ein gesamtstädtischer Verkehrsentwicklungsplan mit dem Ziel einer qualitativen Verbesserung der Situation der schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen.

Die Stadtautobahn zerschneidet die Stadt, belastet die Umwelt und das Alltagsleben der Menschen erheblich. Hier muss etwas geschehen. Die Marburger Linke hat Vorschläge unterbreitet.

Meine Forderungen lauten: Absoluter Vorrang eines wirklich attraktiven ÖPNV vor dem individuellen PKW-Verkehr; konsequente Verkehrsberuhigung in der Stadt;

Mut zur Verkehrswende – neue Verkehrsmittel planen und erproben.

Es gäbe noch Vieles anzufügen: Geld wäre da, wenn die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle stärker genutzt würde. Am Herzen liegt mir ein Stadtmuseum, z.B. im Kilian. Und wir brauchen deutlich mehr Schwimm- und Sporthallenflächen.



▲ Am 27. September hat die Marburger Linke Henning Köster zum Oberbürgermeisterkandidaten gewählt. Der Marburger Köster ist 61 Jahre alt und Lehrer in Stadtallendorf.

## Wie schwäbische Hausfrauen?

Warum wir keine hessische „Schuldenbremse“ brauchen

Nach dem Modell der schwäbischen Hausfrau kann man nur so viel ausgeben, wie man besitzt. Soweit so logisch. Übersetzt auf den Staatshaushalt heißt das: Aufgrund der hohen Staatsverschuldung müssen die öffentlichen Ausgaben saftig gekürzt werden. Damit sich die Regierung

auch daran hält, wurde die „Schuldenbremse“ im Grundgesetz verankert.

Die hessische CDU findet diese Idee so prima, dass sie eine „Schuldenbremse“ auch in die Landesverfassung schreiben möchte. Nach dem Motto: doppelt genäht hält besser.

Fortsetzung S. 4

## Kommentar

### Meidet den Genuss!

10.269 Menschen im Kreis Marburg-Biedenkopf werden Anfang 2011 fünf Euro im Monat mehr in der Tasche haben, wenn sich Arbeitsministerin von der Leyen mit ihren Plänen zur Neufestsetzung der Hartz-IV-Sätze durchsetzt. 3.964 Kinder haben Glück, dass ihre Bezüge nicht gesenkt werden. Dafür bekommen sie in den nächsten Jahren keinen Inflationsausgleich. Das ist nicht neu. Der neue Regelsatz von 364 Euro liegt preisbereinigt vier Prozent unter dem von 2005.

Nichts deutet daraufhin, dass die Bundesregierung die Forderung des Bundesverfassungsgerichts, die Regelleistungen transparent und sachgerecht zu ermitteln, erfüllt hat. Es war eine politische Entscheidung, die Verbrauchsgewohnheiten der 15 Prozent – und nicht mehr der 20 Prozent – ärmsten Haushalte zur Ermittlung des Satzes heranzuziehen. Deren Durchschnittseinkommen liegt niedriger.

Als sich herausstellte, dass der Regelsatz dennoch zu stark steigen würde, ging es ans Streichen von Ausgabenposten. Als besonders ergiebig erwies sich der Verzicht auf „Genussgifte“. Alkoholische Getränke (8,11 Euro) werden durch 12 Liter Mineralwasser (2,99 Euro) ersetzt. Der Ausgabenposten Tabak wird ersatzlos gestrichen – auch für Nichtraucher. Wer sich um Haustiere oder den Garten kümmern will, hat Pech, das gehört nicht zum Existenzminimum. Genauso wenig wie der Posten „Reinigen, Waschen und Bügeln“ oder Gaststättenbesuche. Der Erwerbslose soll nicht genießen und nicht aus dem Haus gehen.

Fortsetzung S. 4

# Marburg ist auch bei Armut spitze

Der Beschäftigungsboom geht an den Marburger Arbeitslosen vorbei

Mit „Ausgezeichnete Standards bewahren“ hatte Oberbürgermeister Egon Vaupel seine letzte Haushaltrede überschrieben. Auf den höchsten Beschäftigungszuwachs in Hessen und sprudelnde Gewerbesteuern konnte er verweisen. Kein Wort verlor er über die wachsende Armut.

Die Fraktion Marburger Linke hat deshalb beim Magistrat nachgefragt und eigene Recherchen angestellt. Ergebnis: zwischen den Wirtschafts- und Sozialdaten öffnet sich eine Schere.

Im Jahr 2000 gab es 2.311 Arbeitslose in Marburg, 2009 waren es 2.282. Die Zahlen blieben nahezu konstant. Aber inzwischen wurden Arbeitslose über 58 Jahre, kranke Arbeitslose, Ein-Euro-JobberInnen und TeilnehmerInnen

an Aktivierungsmaßnahmen rausgerechnet. Ohne diese Manipulationen dürfte die Zahl der Arbeitslosen ein Drittel höher liegen.

Der Grund dafür ist, dass vom Zuwachs der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse in Marburg um fast 3.500 seit dem Jahr 2000 viele EinpendlerInnen, aber nicht die MarburgerInnen profitiert haben. 2009 hatten von ihnen 138 weniger eine Stelle in Marburg als neun Jahre zuvor.

Die Entwicklung der Armut seit der Einführung von Hartz IV im Jahr 2005 sieht auf den ersten Blick günstiger aus. Die Zahl der Hartz-IV-BezieherInnen ist zurückgegangen: von 6.172 im Jahr 2006 auf 5.747 Menschen Ende 2009. Das sieht deshalb gut aus, weil es für 2005 noch keine Zahlen für die Kommunen gab. In Marburg schei-

nen sie aber erheblich unter denen von 2006 gelegen zu haben, etwa auf dem Niveau von 2009. Das lässt sich aus den Zahlen für den Kreis schließen.

2008 aber hat es gesetzliche Verbesserungen beim Kinderzuschlag gegeben. Bundesweit gab es Ende 2009 über 500.000 Menschen, die ohne den Kinderzuschlag in Hartz IV abrutschen würden. Umgerechnet auf Marburg wären das etwa 500 Personen.

Auch der Wohngeldbezug wurde letztes Jahr erheblich verbessert. Vom Bundesbauministerium wurde vorausgesagt, dass dann weniger Männer und Frauen auf Arbeitslosengeld II angewiesen sein würden. Dieser Rückgang ist in Marburg erstaunlich gering, obwohl sich die Zahl der Anträge auf Wohngeld letztes Jahr verdoppelt hat.

Ohne diese Leistungen wären heute wahrscheinlich über 1.000 Menschen mehr auf Hartz IV angewiesen. Es handelt sich also um eine Zunahme der Armut. Das zeigt auch die Mindestsicherungsquote. Mit ihr werden die BezieherInnen von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Sozialhilfe, Zahlungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und der Kriegsopferfürsorge addiert. Diese Quote betrug 2005 8,5 Prozent der MarburgerInnen. 2009 war sie auf 8,8 Prozent gestiegen. Nimmt man den Kinderzuschlag hinzu, wuchs sie von 8,7 auf 9,5 Prozent.

Auf Antrag der Marburger Linken hat das Stadtparlament beschlossen, eine Sozialplanungsstelle zu schaffen, die dazu dienen soll, die Entwicklung und Verbreitung von Armut in Marburg zu untersuchen und der Politik die Informationen an die Hand zu geben, die eine bessere Bekämpfung der Armut ermöglichen. *Halise Adsan, Nico Biver*

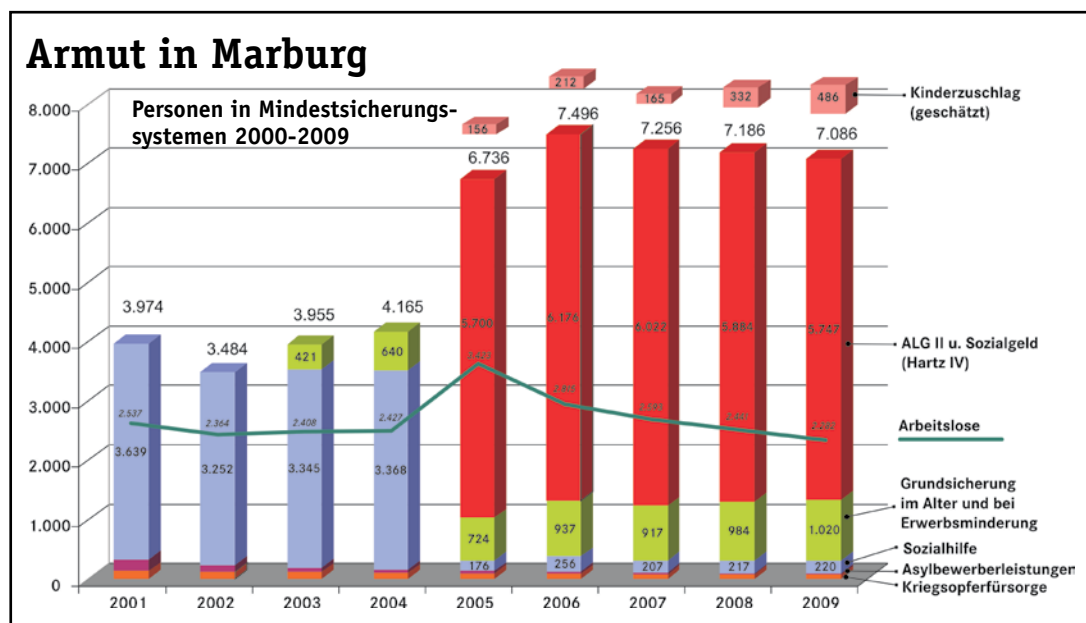
## Kommunalwahlen 2011

### Geld oder Leute

DIE LINKE hat es schwer. Weil wir häßlich zu den Reichen sind, sind unsere Spendeneinnahmen dürftig. Und weil wir klein sind, werden wir bei den Kommunalwahlen diskriminiert. Wenn jemand eine Liste wählt, erhält die Partei nur dann die volle Stimmzahl, wenn mindestens ein Drittel so viele Leute kandidieren, wie Abgeordnete zu wählen sind. Soviele Mitglieder haben wir außerhalb Marburgs noch nicht. Wer also starke linke Fraktionen in den Kommunen haben will, sollte sich überlegen, für uns zu kandidieren – in Gladenbach, Lahntal, Stadtlenddorf, Kirchhain und Wetter. Auch mit Geld ist uns geholfen – nach vier teuren Wahlkämpfen in drei Jahren. Wenn Sie bis zum 31.12. spenden, zieht das Finanzamt die Hälfte der Spendensumme von der Einkommensteuer 2010 ab.

**Spendenkonto:**  
DIE LINKE Marburg-Biedenkopf  
Konto: 176 239 07, Volksbank  
Mittelhessen (BLZ 513 900 00)

### Armut in Marburg



Grafik: Nico Biver

### Denkmalschutz nach Geldbeutel?

Ein Antrag der Marburger Linken forderte, das Kulturdenkmal Behring-Labor in der Wannkopfstraße so zu sichern, dass es nicht verfällt. Es müsste sonst zum Abriss freigegeben werden, was in Marburg im Interesse von Investoren kein ungewöhnlicher Vorgang wäre.

Der Antrag wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen von Rot-

Grün nicht zur Abstimmung zugelassen. Baudezernent Franz Kahle erklärte, dass es den Eigentümern von Kulturdenkmälern nicht zugemutet werden könne, diese zu erhalten, wenn sie es wirtschaftlich nicht schultern könnten.

Kahle berief sich auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Zumutbarkeit von Forderungen der Denkmalschutzbehörden,

die über das Erforderliche zur Instandhaltung oder Instandsetzung hinaus gehen oder eine damit einhergehende wirtschaftliche Nutzung unmöglich machen, einschränkt. Das trifft aber bei den Gebäuden des ehemaligen Behringlabors nicht zu. Der Eigentümer ist kein insolventer Bauunternehmer. Er hat die Absicht, in attraktiver Lage Wohnungen zu errichten, unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude. *Hartmut Lange*

# Wer hat in Marburg die Hosen an?

Das große Geld darf nicht die Entwicklung des Nordviertels bestimmen

Der Milliardär Dr. Reinfried Pohl zahlt 13 Millionen Euro Gewerbesteuer in Marburg. Darf man ihm deswegen ein ganzes Stadtviertel ausliefern? Wird das Nordviertel zur Pohl-City?

Als die Projektgruppen mit Bürgern im Nordviertel längst ausgefallen, der direkte Draht Pohl-Magistrat aber heißgelaufen und in jeder Hinsicht durch den Baubeginn des DVAG-Kongresszentrums Fakten geschaffen waren, informierte der Magistrat im September in einer Bürgerversammlung. Es war nicht erkennbar, dass den Plänen Pohls baurechtliche, stadtentwicklungspolitische oder verkehrspolitische Grenzen aufgezeigt wurden.

Vaupel und Kahle argumentieren: Durch den Wegzug der Kliniken – vor 15 Jahren – sei die Geschäftswelt bedroht, das Viertel heruntergekommen. Da müsse man sich glücklich schätzen, einen Großinvestor gefunden zu haben, der sich engagiere. Kahle schwärmt sogar von einem neuen Südviertel. Außen vor bleiben die Menschen, die dort wohnen. Sie fürchten, dass sie perspektivisch aus ihren Wohnungen verdrängt werden könnten, wenn ein Schickimickiviertel entsteht. Nötig ist Sozialplanung, die die alteingesessene Bevölkerung schützt. Vorbehalte gibt es auch im Waldtal, am Afföller und am Ortenberg. Für die Versorgung der dortigen Bewohner hat die Bahnhofstraße mit ihrer Gewerbestruktur große Bedeutung.

Auch verkehrspolitisch gibt es kein Konzept. Das Viertel ist mit Immissionen besonders geplagt. Was wird aus den Plänen zur Verkehrsberuhigung wie sie im Verkehrsentwicklungsplan Nord vor zehn Jahren festgeschrieben wurden? Die geplante Tiefgarage und das noch fast leer stehende Parkhaus in der Furthstraße sind auf Verkehrswachstum angelegt. Weitere Parkflächen sind in Bahnhofsnähe angedacht bzw. wie beim Altenheim St. Elisabeth fest geplant.

Auch in der Gastronomie gibt es Befürchtungen. Vila Vita expandiert weiter – mit der Eröffnung eines

Delikatessenladens, der Übernahme des Bückingsgartens und wachsenden Catering-Aktivitäten.

Sind die demokratisch gewählten Repräsentanten Vaupel und Kahle noch Herren des Verfahrens? Oder kann in Marburg das große Geld allein ein ganzes Viertel prägen? Es ist keineswegs nur löblich, dass Pohl in einem Ausmaß für ihm ge-

## Mogelpackung Bürgerarbeit

Als einzige Optionskommune in Hessen beteiligt sich der Landkreis Marburg-Biedenkopf am Projekt „Bürgerarbeit“. Deshalb wurde bereits Ende Mai 2010 ein Konzept verabschiedet, mit dem bis 2014 rund 1.400 erwerbslose Empfänger von Hartz-IV-Leistungen zur „Bürgerarbeit aktiviert“ werden sollen. Die Dauer dieser Bürgerarbeit bei den über 40-jährigen soll auf 36 Monate befristet werden, für jüngere Teilnehmer auf 18 Monate. Rund 200 „Bürgerarbeitsplätze“ sind geplant, mindestens 25 davon für schwerbehinderte Menschen. Das Projekt ist als ein weiteres Instrument gedacht, um Langzeiterwerbslose wieder in Arbeit zu bringen.

Im Kreistag erklärte DIE LINKE, dass die Bürgerarbeit nur die Fortsetzung der Ein-Euro-Jobs mit anderen Mitteln sei. Es sei zu vermuten, dass sie darauf abziele, einen neuen Anlass zum Sanktionieren von Hartz-IV-Beziehern zu schaffen, um die Betroffenen aus dem Leistungsbezug zu drängen.

Es kann als sicher gelten, dass „Bürgerarbeit“ alleine nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Die hohe Anzahl von arbeitenden Menschen im Landkreis, die mit Hartz-IV-Leistungen aufstocken müssen, erklärt sich dadurch, dass das KreisJobCenter zunehmend in nicht existenzsichernde Beschäftigung vermittelt. „Bürgerarbeit“ befördert die Ausdehnung des Niedriglohnbereiches.

Bürgerarbeit hört sich zunächst nach freiwilligem Engagement, sinnstiftender Tätigkeit und einem Ausweg aus dem Hartz-IV-System

an. In Wirklichkeit ist sie aber eine Mogelpackung, die die Menschen weiterhin in Armut belässt. Ein vollwertiger sozialversicherungs-

*Henning Köster*

nehme Zwecke spendet, dass man womöglich bald von einem privaten Schattenhaushalt reden muss. Der Mann mit den Spendierhosen gehört ordentlich besteuert. Nicht er, sondern die demokratisch gewählten Stadtverordneten müssen die kommunalen Investitionen und Leistungen beschließen.



▲ „Spätromische Dekadenz“: Bernd Hannemann (L.) mit Georg Fülberth bei einer Aktion gegen Hartz IV vor der Kreisverwaltung im April 2010. Rechts: OB Egon Vaupel.

## Ein Erfolg

2002 – unter Verantwortung des Sozialdezernenten Franz Kahle – trat die Altenhilfe Marburg aus dem kommunalen Arbeitgeberverband aus, um die Löhne drücken zu können. Sie zahlte nicht nach dem Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes.

Die Marburger Linke hat von Anfang an gegen dieses Lohndumping gekämpft. Sie hat zu jedem Haushalt Mittel beantragt, mit denen eine Rückkehr der Altenhilfe in den TVÖD erleichtert werden sollte. Noch im Juni 2010 wurde dies abgelehnt.

Jetzt, vor der Kommunalwahl, ist bekannt gegeben worden, dass die Altenhilfe zum 1. Januar 2011 in den kommunalen Arbeitgeberver-

pflichtiger Arbeitsplatz liegt nicht vor, da keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abgeführt werden und somit auch kein Anspruch auf Arbeitslosengeld I erworben wird. Also werden die „Bürgerarbeiter“ zunächst Aufstocker, die in der Regel spätestens nach Ablauf von drei Jahren wieder voll auf Hartz IV angewiesen sind und nach dem Erreichen des 65. bzw. 67. Lebensjahres im SGB XII als „Rentenaufstocker“ landen.

DIE LINKE unterstützt, dass die öffentliche Hand Arbeitsplätze schafft, aber sie müssen sozialversicherungspflichtig und existenzsichernd sein. Ein Mindestlohn von 10 Euro und eine armutsfeste, repressionsfreie Grundsicherung sind Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben. *Bernd Hannemann*

band zurückkehrt. Innerhalb von drei Jahren soll die Angleichung an den TVÖD erfolgen.

Das ist ein schöner Erfolg der Beschäftigten der Marburger Altenhilfe.

Allerdings: Die Bewährungsprobe kommt erst nach der Wahl. Ein Rückzieher – wenn wieder einmal „wirtschaftliche Schwierigkeiten“ vorgeschützt werden – ist nicht auszuschließen.

Beim Kampf um die Einlösung des Versprechens ist den Beschäftigten der Marburger Altenhilfe die Unterstützung der (dann hoffentlich durch das Wahlergebnis vom 27. März 2011 verstärkten) Marburger Linken ebenso sicher wie bei den Bemühungen um Rückkehr in den TVÖD seit 2002.

*Georg Fülberth*

## Termine

## Regelmäßige Termine

im Linken Zentrum  
Frankfurter Straße 15, Marburg

► **Mitgliederversammlung** der LINKEN Marburg-Biedenkopf, am 2. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr

► Erweiterte **Fraktion Marburger Linke**, montags, 20.00 Uhr

► DIE LINKE. **Kreis AG**, donnerstags, 18.00 Uhr

**dielinke.sds**  
Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband  
Hochschulgruppe an der Universität Marburg

► die Marburger Gruppe des Sozialistisch-Demokratischen Studierendenverbandes trifft sich dienstags, 20.00 Uhr  
www.sds-marburg.de

## Impressum

## Paroli

**Herausgeber:** DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf, Fraktion Marburger Linke, Fraktion DIE LINKE im Kreistag

**Redaktion:** Renate Bastian (verantw.), Nico Biver, Jan Schalauske, Hajo Zeller

**Layout:** Nico Biver

**Redaktionsschluss:** 15.10.2010

## Kontakt

**DIE LINKE Marburg-Biedenkopf**  
Frankfurter Str. 15, 35037 Marburg  
Tel. 06421-163873  
info@die-linke-marburg.de  
www.die-linke-marburg.de

## Kommentar

Fortsetzung von S. 1

## Meidet den Genuss!

**Dennoch scheinen einige Zeitgenossen neidisch auf eine solche Existenz zu sein. Andere müssten für weniger Geld hart arbeiten, heißt es.**

**Da ist was dran. Und zwar weil es Hartz IV gibt. Weil sich Arbeitgeber ihre Niedriglöhne durch Hartz IV subventionieren lassen. Weil Hartz-IV-Empfänger jeden noch so schlecht bezahlten Job annehmen müssen.**

**Gegen Niedriglöhne hilft nicht die Absenkung der Regelsätze sondern ihre drastische Erhöhung - und ein gesetzlicher Mindestlohn.**

Nico Biver

## Kirchhainer LINKE will ins Parlament

DIE LINKE in Kirchhain begibt sich in die Startlöcher für die Kommunalwahlen im März 2011. Außerparlamentarisch begleitet die kleine Gruppe von Mitgliedern und Sympathisanten das politische Geschehen in Kirchhain bereits seit vier Jahren. Durch Aktionen gegen das Lohndumping von Schlecker im Herbst 2009 oder gegen die Abmahnungen des Bürgermeisters beim Kita-Streik, durch zahlreiche Infostände und Flugblattverteilungen sowie das regelmäßig stattfindende offene „Linke Forum“ wurde DIE LINKE zum festen Bestandteil im politischen Kirchhain.

Ihre Mitglieder sind zum Teil kommunalpolitisch erfahrene, ehemalige Sozialdemokraten, Grüne und Parteilose, die in die Kirchhainer Stadtverordnetenversammlung einziehen wollen. Wahlkampfereignisse konnten sie bereits reichlich sammeln, bei

zwei Landtagswahlen und der Bundestagswahl.

845 Kirchhainer Bürgerinnen und Bürger gaben der LINKEN 2009 ihre Stimme. Mit glatten neun Prozent im Rücken sind die Aussichten gut, erstmals ins Kirchhainer Stadtparlament einzuziehen. Fast alle Mitglieder wollen kandidieren. Aber um alle 37 Stimmen der Wähler zu bekommen, braucht man mindestens ein Drittel so viele Kandidaten, wie Plätze zu vergeben sind: 13 von 37. Die Gruppe zählt auf die Unterstützung von Sympathisierenden, um eine ausgewogene Liste aufstellen zu können.

Für einen aussichtsreichen Platz



▲ **Protest gegen Lohndumping von Schlecker in Kirchhain: Konrad Weber (l.), Sigurd Meier (3. vl.)**

Fortsetzung von S. 1

## Wie schwäbische Hausfrauen?

Zeitgleich zur Kommunalwahl soll es also in Hessen eine Volksabstimmung über das Schuldenverbot geben, natürlich den kommenden Generationen zuliebe.

Gegen einen ausgeglichenen Haushalt ist erst einmal nichts einzuwenden. Doch Moment mal, haben die öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik wirklich ein Ausgabenproblem, das es zu konsolidieren gilt? Oder ist es nicht eher so, dass die Steuersenkungsprogramme der vergangenen Bundesregierungen die Taschen von Wohlhabenden und Konzernen gut gefüllt haben, während die öffentliche Hand zunehmend verarmt? Immerhin belaufen sich die Einnahmeausfälle seit 1998 auf jährlich gut 50 Mrd. auf der Bundesebene und in Hessen auf satte zwei Mrd. allein in diesem Jahr. Und ist es nicht richtig, dass die Bundesre-

publik im internationalen Vergleich bei öffentlichen Investitionen und Bildungsausgaben deutlich unter dem Durchschnitt liegt? Freilich könnte doch ein gut ausgebautes Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen die Zukunftschancen kommender Generationen positiv beeinflussen. Und gibt es nicht von Jahr zu Jahr mehr Menschen, die auf einen starken Staat angewiesen sind? Treffen doch die sog. Sparmaßnahmen insbesondere Hartz-IV-BezieherInnen und Geringverdienende.

Es gibt also viele gute Gründe, bei der Volksabstimmung im März mit „Nein“ zur „Schuldenbremse“ zu stimmen. Da sollten sich doch genügend hessische (Haus-)Männer und Frauen finden, die das Schuldenverbot dort entsorgen, wo es hingehört: Auf den Müllhaufen ideologischer Politik. Jan Schalauske

auf der Kreistagsliste der LINKEN hat die Kirchhainer Gruppe den 48-jährigen Sigurd Meier benannt. Als Vater von vier schulpflichtigen Kindern und als langjähriger Elternbeirat ist er bestens mit der komplizierten schulischen Situation im Kreis vertraut. Er will sich im Kreistag vor allem in der Bildungs- und Sozialpolitik engagieren.

Sigurd Meier | Konrad Weber

## Demokratie braucht Geld

Im Ortsbeirat Ockershausen geht es in der Regel sehr lebendig zu. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger nehmen an den Sitzungen teil und haben auch die Gelegenheit, ihre Meinung zu äußern. Es werden Dinge besprochen, die den unmittelbaren Alltag betreffen. Da geht es um die Sanierung eines Brunnens, um Wanderwege oder neue Bauvorhaben. Aber der Ortsbeirat ist ein zahnloser Tiger. Er kann immer nur den Magistrat der Stadt Marburg bitten, etwas zu tun. Selbst beschließen kann er nichts. Denn er hat kein eigenes Geld – im Gegensatz übrigens zu den Stadtteilgemeinden, die im Haushalt zurecht regelmäßig bedacht werden.

Ortsbeiräte sind aber gewählte Gremien und müssen ernst genommen werden. Deshalb hat die Marburger Linke für den Haushalt 2010/2011 vorgeschlagen, Ortsbeiräte mit einem eigenen Budget auszustatten – und ist erfolgreich gewesen. Im städtischen Haushalt sind Mittel eingestellt – ein Euro pro Einwohner im Jahr im Stadtteil. Das ist gewiss nicht verschwenderisch. Nun muss dieses Geld aber auch zur Verfügung gestellt werden. Der Ortsbeirat Ockershausen hat das bereits beantragt. Geschieht nun auch endlich was? Es ist schon vorgekommen, dass der Ortsbeirat Ockershausen mehrere Wiederholungsanträge an den Magistrat geschickt hat – auf der anderen Seite Stille. Deshalb wurde in der jüngsten Sitzung auch gefordert, dass die Ortsbeiräte mehr Rechte bekommen – wie übrigens in anderen hessischen Kommunen auch. Renate Bastian